

CDU auf dem Weg zum Rechtspopulismus?

Von Jona Everdeen, Juli 2023

Gerade erst erregte die CDU/CSU Aufsehen mit der Forderung, es müssten in Deutschland mehr Nationalflaggen gezeigt und häufiger die Nationalhymne gespielt werden. Ein Aufruf an die Bevölkerung, gerade die junge Generation, doch bitte etwas patriotischer zu sein. Was vielleicht erst einmal als altbackene Marotte abgetan werden könnte, ist in Wahrheit Teil eines Prozesses, der in den letzten Monaten massiv an Fahrt gewonnen hat: Dem Rechtsruck der Union, der auch für einen Anstieg populistischer Rhetorik sorgt.

Die Union in der geänderten Weltlage

In Klassenbegriffen steht sowohl die Politik von Rechtspopulist_Innen wie die AfD als auch die von „Demokrat_Innen“ wie CDU, FDP oder Grüne im Interesse der Bourgeoisie. Worin besteht also der Unterschied? Naja, selbst in einem einzigen Nationalstaat bildet das Kapital keinen homogenen Block. Neben einem gemeinsamen Grundinteresse daran, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Ausbeutung und Profit aufrechtzuerhalten, bestehen verschiedene Kapitalfraktionen mit punktuell auch widersprüchlichen Einzelinteressen. Ein vereinfachtes Beispiel dafür ist der Widerspruch zwischen dem globalisierten Großkapital mit über die gesamte Welt und insbesondere Europa verteilten Produktionsketten und Absatzmärkten auf der einen Seite und kleinem oder mittelständigem Kapital mit stärkerer Orientierung zum Binnenmarkt auf der anderen Seite. Typisch für den Rechtspopulismus ist dann die Bezugnahme auf das „deutsche Volk unten“ gegen „die Eliten da oben“. Auf politischer Ebene spiegelt sich dieser Widerspruch z. B. darin wider, dass die eine Fraktion auf eine gewisse Durchlässigkeit der Nationalgrenzen besteht, während die andere maximale nationale Abschottung fordert. Diese Voraussetzungen für die ursprüngliche Abgrenzung von Union und AfD ändern sich jedoch mit der Entwicklung der

politischen Weltlage. Durch Krise, Krieg und Pandemie sind internationale Produktionsketten zusammengebrochen und es haben sich Tendenzen zur Deglobalisierung eingestellt. Gleichzeitig hat der Aufstieg Chinas die hegemoniale Stellung der USA in Frage gestellt, auch in diesem Spannungsfeld muss sich das deutsche Kapital aufs Neue verorten. Dabei haben in den letzten Jahren vor allem die Grünen sich zur Repräsentation der auf die USA ausgerichteten Teile entwickelt.

Die CDU nach Laschet

Nach ihrem Machtverlust mit dem Ende der Ära Merkel war die CDU zunächst sehr planlos. Mit der Ampel hatte sich eine Koalition gefunden, die die Interessen der bürgerlichen Klasse in der Krise besser umsetzen konnte als sie selber. Dazu kam, dass vor allem die Grünen im Zuge dieser Ampel und der jüngsten Verschärfung der Krise in Form von Krieg und Inflation massiv nach rechts rückten. Ansätze einer Politik der sozialen Gerechtigkeit wurden von Habeck endgültig über Bord geworfen und mit Hohn über die verschwenderischen Armen in der Energiekrise ersetzt. Waren die Grünen einstmals energische Gegner_Innen der NATO, wurden sie nun unter Baerbock die energischsten Verfechter_Innen des imperialistischen Militärbündnisses des Westens und machen sich stark für Aufrüstung. Dabei gelang es Baerbock gut den aggressiver werdenden deutschen Imperialismus propagandistisch mit „Kampf für Menschenrechte“ zu rechtfertigen. Selbst ihr einstiges Steckenpferd, den Klimaschutz, opferten die Grünen schulterzuckend den Kapitalinteressen.

Gleichzeitig gelang es auch der FDP sehr gut, sich als verlässliche Wahl für das auf Neoliberalismus setzende Großkapital zu verkaufen. So blockierte die FDP unter Lindner in der Koalition vehement alles, was irgendwie Vorteile für Arbeiter_Innen und Nachteile für das Kapital bedeutet hätte. In der Koalition bleibt die SPD weitgehend farblos und verwaltet den Kapitalismus mit.

Doch was sollte mit der CDU passieren? War sie überflüssig geworden? Würde sie das Feld frei machen Habeck und Lindner? Nein, sicher nicht: Unter Merz erkannte die Partei, dass die Zeit des merkelschen

Konservativismus vorbei ist. In der sich immer stärker zuspitzenden Krise zieht die Verwaltungs-Logik von „es ist gut so wie es ist, bloß nichts überstürzen“ nicht mehr, denn in der zugespitzten Krisensituation benötigt die herrschende Klasse soziale Angriffe, um sich zu erhalten. Um nicht in der relativen Bedeutungslosigkeit zu versinken, sondern weiter die erste Wahl der Bourgeoisie als Regierungspartei zu bleiben und ihre Wähler_Innen-Basis zu erhalten, muss die Union ihr Auftreten verändern und programmatisch nach rechts rücken.

Wegner in Berlin

Nachdem die post-Merkel CDU nach der letzten Bundestagswahl in einer tiefen Krise steckte, katapultierte sie ein phänomenaler Wahlsieg ausgerechnet im „links-grünen Berlin“ endgültig aus der Misere. Nach 20 Jahren erreichte mit Kai Wegner zum ersten Mal wieder ein Unionspolitiker das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

Den Wahlkampf, der ihm diesen Sieg bescherte und die CDU zur dominanten Partei in den bürgerlichen Randbezirken machte, setzte durchweg auf ein klares rechtskonservatives Programm flankiert durch teils rechtspopulistische Rhetorik.

So versprach Wegner ein „Bürgermeister der Autofahrer“ zu sein und diese vor weiteren „Angriffen“ zugunsten einer verkehrsberuhigten und fahrradfreundlichen Innenstadt zu „schützen“.

Auch hetzte Wegner massiv gegen Migrant_Innen, vor allem im Zuge der sogenannten Silvesternachtskrawalle, wo er in einer parlamentarischen Anfrage die Vornamen der Verdächtigen erfragte. Auch wenn das Resultat, die meisten Namen waren deutsch gelesene, seiner Logik widersprach, nutzte er weiterhin das Framing von den „kriminellen Ausländern“, gegen die er vorgehen wolle. In dieser Framing reiht sich auch nahtlos die Law and Order Logik von Wegners Wahlkampf ein. Er wolle dafür sorgen, dass in Berlin wieder „Sicherheit und Sauberkeit“ herrsche und dafür die Polizei massiv ausbauen.

Vor allem aufgrund der Unfähigkeit der linksliberal-reformistischen R2G Regierung, die wirklichen Probleme der Stadt, steigende Mieten und die allgemeinen Folgen der Krise zu lösen, zog Wegners Wahlkampf vor allem im Berliner Kleinbürgertum und der rückschrittlichen Arbeiter_Innenschaft gut. Wobei auch gesagt werden muss, dass er sein Amt in erster Linie der Rechtssozialdemokratin Giffey zu verdanken hat die, obgleich R2G mehr Stimmen als die GroKo hatte, lieber unter dem Rechten Wegner regieren wollte, als sozial- und umweltpolitische Zugeständnisse an Grüne und Linke machen zu müssen.

Einen Skandal stellte dann die Bürgermeisterwahl im Senat da, wo mindestens nicht auszuschließen ist, dass Wegner auch mit AfD-Stimmen ins Amt gewählt wurde, das spielte allerdings weder für ihn noch für Giffey eine Rolle.

Wird Bayern zum deutschen Florida?

Noch mehr als in Berlin zeigt sich in einem anderen Bundesland die Union immer rechtspopulistischer: In Bayern.

In Bayern herrscht schon lange mit dem tendenziell rechtesten Teil der Union, die CSU, eine Partei quasi alleine, wobei ihre sinkende Popularität sie erst jüngst dazu zwang, sich mit Aiwangers „Freien Wählern“ eine Partei mit ins Boot zu holen, die nochmal deutlich rechtspopulistischer auftritt. Entsprechend wenig verwunderlich ist es auch, dass hier der Rechtsruck die schärfsten Züge annimmt. So reiste eine Abordnung von CSU-Spitzenpolitiker_Innen kürzlich nach Florida, um dem dortigen erzreaktionären Republikaner Ron DeSantis einen Freundschaftsbesuch abzustatten und brachte sogleich dessen Politik mit nach Hause. So forderte wenige Tage nach dem Besuch die CSU in DeSantis-Manier ein Verbot von Dragshows und verbreiteten die republikanische Lüge, Dragqueens würden das Kindeswohl gefährden.

Auch trat Markus Söder prominent auf einer rechtspopulistischen Demo gegen die Heizungspläne der Ampelregierung auf, wo sein Schulterschluss mit rechten und verschwörungsideologischen Kräften daran scheiterte, dass

er sich zwar als Teil des rechten Sammelsuriums sah, dieses ihn aber nicht als Teil von ihrer „Volksbewegung“.

Ist die CDU jetzt eine zweite rechtspopulistische Partei?

Es ist zwar zu sehen, ob in Bayern, Berlin oder bundesweit, dass sich die Unionsparteien immer mehr populistischer Rhetoriken bedienen, vor allem um gegen die Politik der Ampelregierung, die Klimabewegung oder Migrant_Innen zu schießen. Zudem rückt die Union generell in ihrer Politik stärker nach rechts und nähert sich der AfD an. Dennoch kann noch nicht davon geredet werden, dass es sich bei der Union bereits um eine rechtspopulistische Partei handelt, wie es die AfD ist.

Vielmehr ist sie eine zunehmend rechtere konservative Partei, die sich in der Krise gezwungen sieht, vermehrt auf rechtspopulistische Rhetoriken zurückzugreifen, um ihre Wähler_Innen-Basis nicht an die AfD zu verlieren und ihr Programm für soziale Angriffe im Interesse der Großbourgeoisie zu vertuschen. Die Union stützt sich nicht auf Protestbewegungen und ist programmatisch weiterhin auf das dominante, globalorientierte Großkapital ausgerichtet. Es ist zwar möglich, dass CDU/CSU langfristig auf eine rechtspopulistische Taktik umschwenken, wie es bei PiS, Fidesz und Teilen der Republikaner bereits passiert ist, sicher ist diese Entwicklung aber nicht. Viel eher hängt sie von der weiteren Entwicklung der Krise ab und davon, ob sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Fraktionen der herrschenden Klasse verschieben. Fakt ist aber sicherlich, je mehr bürgerliche Parteien „gezwungen“ sein werden, Kapitalinteressen mit massiven Angriffen auf Arbeiter_Innen, Migrant_Innen und sozialen Bewegungen durchzusetzen, desto nötiger werden sie es auch haben, diese Angriffe sowie dafür benötigten autoritäreren Regierungsformen mit populistischen und nationalistischen Parolen zu legitimieren und damit Verwirrung über die Klassenverhältnisse zu erzeugen.

Schwarz-blau, eine berechnete Angst?

Dass rechtspopulistische Parteien häufig auch über Unterschiede hinweg zueinander finden, sieht man in Italien gut, wo gleich drei solcher Kräfte eine Regierungskoalition bilden. Doch auch traditionell rechtskonservative Parteien, die verstärkt auf rechtspopulistische Rhetoriken setzen, öffnen sich häufig für solche Bündnisse, so die „Volkspartei“ in Spanien, die sich mit der ultra-rechten VOX zusammengetan hat, um gemeinsam eine rechtspopulistische Front gegen die kriselnde sozialdemokratische Regierung zu bilden.

Doch wie sieht es in Deutschland aus? Mit der AfD gibt es hier ja eine rechtspopulistische Partei, der sich die Union zwar gerade politisch und vor allem rhetorisch immer mehr annähert, aber dennoch an der von CDU-Vorsitzenden Merz verkündete „Brandmauer“ hängen bleibt. Ist diese aber noch lange zu halten?

Tatsächlich sorgte erst gerade ein thüringischer Bürgermeister aus der CDU für Aufsehen, als er offen eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Rechtsparteien forderte und sich damit offen gegen die „Brandmauer“ auflehnt.

Eine Koalition des rechten Unionsflügels um Kretschmer, Kuban und die CSU mit der AfD oder zumindest eine Koalition auf Landesebene zum Beispiel in Thüringen sind zu einer realistischen Möglichkeit geworden. Die Ampelregierung hat es schließlich nicht geschafft, die Krise irgendwie adäquat zu lösen und die vorherige GroKo hat sich auch diskreditiert. Jedoch ist es auch fraglich, ob tatsächlich die Mehrheit der großbürgerlichen Klasse, die von der Union-Politik abgebildet wird, bereit ist, die mit so einer Rechtsregierung verbundenen Risiken in Kauf zu nehmen. Auch ist erst einmal nicht davon auszugehen, dass eine solche Regierung, innerhalb kürzester Zeit den bürgerlichen Parlamentarismus außer Kraft setzen würde. Viel eher wäre eine Politik wie die unter ÖVP-FPÖ in Österreich oder der Meloni-Regierung in Italien zu erwarten. Allerdings nur ein schwacher Trost, ist wenn man deren massive Angriffe auf Arbeiter_Innen und ihre gesellschaftspolitische Rückschrittlichkeit betrachtet.

Doch jetzt kommen wir zu der entscheidenden Frage: Was tun, wenn tatsächlich schwarz-blau siegt?

Wie kann der Rechtsruck geschlagen werden?

Zunächst einmal nicht dadurch, seine Narrative zu übernehmen und zu versuchen, irgendwie „links“ umzudeuten. Sahra Wagenknechts gescheiterter Linkspopulismus und auch Bewegungen wie Podemos in Spanien zeigen das deutlich!

Was es stattdessen braucht, ist eine starke Linke, im besten Falle in Form einer Einheitsfront gegen den Rechtsruck! Nur mittels einer Politik, die praktisch die Klassenfrage, und zwar die politische wie die ökonomische, in den Mittelpunkt stellt, kann der Rechtsruck zurückgeschlagen werden und CDU, Freien Wählern oder AfD den Wind aus den Segeln genommen werden! Revolutionär_Innen müssen innerhalb diese Einheitsfront aktiv auf die Widersprüche des Kapitalismus aufmerksam machen und für notwendig-radikale Forderungen kämpfen.

Auch sollte klar sein, dass wir eine Rechtsregierung nicht widerstandslos hinnehmen dürfen! Die Antwort auf eine schwarz-blaue Regierung muss der Generalstreik sein! Hierfür müssen wir heute schon Druck auf Linkspartei, SPD und Gewerkschaften ausüben, offene Mobilisierungen und Widerstand gegen den Rechtsruck zu organisieren.

Was bringt es, Schülersprecher_In zu werden?

Von Lia Malinowski

Neues Schuljahr, neue Schülersprecher_Innenwahlen und verändern wird sich

sowie nichts? Die Mitbestimmungsrechte in der Schule durch Klassen-, Schulsprecher_Innenwahlen und das Recht Vollversammlungen einzuberufen wurden sich von Schüler_Innen hart erkämpft. Statt echter Mitbestimmung wurde die schulische Mitbestimmung durch Organe der Schüler_Innen jedoch nur zur Integration und Vorbereitung auf die parlamentarisch-repräsentative Demokratie umgestaltet. Kurz gesagt wurde aus echter Mitbestimmung ein bürokratisches Pseudo-System ohne wirkliches Mitbestimmungsrecht. Das sieht man besonders daran, dass vor jede Entscheidung durch die Schüler_Innenvertretung, die der Schulleitung nicht passt, ein Riegel geschoben wird und die Durchsetzung durch scheinheilige Gründe plötzlich nicht mehr geht. Zudem passieren die Wahlen meistens nach Beliebtheit und schon im Voraus ist klar, dass ein Großteil der Ideen eh nicht umgesetzt wird.

Aber warum treten wir dann zur Schüler_Innensprecherwahl an?

Als Kommunist_Innen haben wir keine Illusionen in das pseudodemokratische Mitbestimmungssystem an den Schulen. Jedoch wurde dieses System von Schüler_Innen wie uns erkämpft und wir können und sollten es nutzen, um die Schule zu politisieren und revolutionäre Positionen an die Leute zu bringen. Oft wird so getan, als wäre die Schule ein unpolitischer oder politisch neutraler Ort, der nichts mit der politischen Außenwelt zu tun hat. Die Realität widerlegt diese These: Wer auf welche Schule geht, wer Abitur macht und unter welchen Bedingungen, welche Inhalte gelehrt werden usw. ist sehr stark davon abhängig, aus welcher (sozialen) Klasse man kommt. Kinder von Arbeiter_Innen und Migrant_Innen sind stark benachteiligt, während Kinder von Kapitalist_Innen große Vorteile haben, bessere Bildung bekommen und mehr Möglichkeiten der Selbstbestimmung und Selbstentfaltung haben. Die Schule spiegelt also die Klassengesellschaft wider, und das auch mit allen anderen negativen Facetten: Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit usw. sind bittere Normalität. Uns zeigt das, dass wir noch viel zu erkämpfen haben.

Wie machen wir das also?

Wir müssen die Probleme an den Schulen aufzeigen. Wir müssen unsere

Mitschüler_Innen dafür sensibilisieren, dass die Schule entgegen dem Gelaber unserer Lehrer_Innen ein politischer Ort ist. Ein Mittel neben vielen dafür können die Wahlen der Schüler_Innenvertretung sein. Durch Wahlkampf und Vollversammlungen – sofern es sowas gibt – haben wir ein Podium zur Verfügung, in dem wir unsere Positionen darlegen können und die Probleme an den Schulen und im Schulsystem benennen können. In vielen Bundesländern gibt es das Recht für die Schüler_Innenvertretung, für alle Schüler_Innen (ihre Mehrzahl) verpflichtende Versammlungen ausrufen zu können, bei denen der Unterricht wegfällt und bei denen das Programm dieser Versammlungen durch die Schüler_Innenvertretung bestimmt wird. Dies nennt man eine Vollversammlung. Solche Plattformen können ebenfalls als Diskussionsplattform genutzt werden und Schüler_Innen eine Stimme bieten, die sie sonst nicht haben. So kann eine revolutionäre Schüler_Innenvertretung die Schule politisieren. Ihr erster Schritt könnte die Organisierung des Kampfes für wirkliche Verbesserungen sein. Aber nur ein erster Schritt, denn Diskussionen und das Aufstellen von Forderungen in Vollversammlungen und der Schüler_Innenvertretung ändern ja noch nichts am aktuellen Zustand.

All das reicht doch noch nicht, um etwas zu verändern, oder?

Als Jugendliche müssen wir uns dort organisieren, wo wir uns täglich aufhalten. Mit verschiedenen Aktionsformen können wir das System unter Druck setzen und unseren Forderungen Gehör verschaffen. Wir können mit Flyern, Flugblättern oder linken Schüler_Innenzeitungen die Probleme benennen und Wege aufzeigen, diese zu bekämpfen. Mit Kundgebungen oder Demonstrationen können wir ein größeres Publikum, auch außerhalb der Schulen, erreichen und auch hier unsere Forderungen verbreiten. Mit genug Masse können schon solche Aktionen kleine Verbesserungen schaffen. Letztlich gibt uns das Mittel des Schulboykotts oder -streiks die Möglichkeit, durch direkte Aktion und Sabotage des täglichen Ablaufes, das System unter Druck zu setzen und wirkliche Verbesserungen zu erkämpfen.

Nicht alle Aktionsformen ergeben zu jeder Zeit Sinn. Und bevor wir über Blockaden oder Boykotte reden können, müssen wir die Schüler_Innen und die Schule politisieren. Bevor wir direkte Aktionen zur Verbesserung

durchführen können, müssen wir unsere aktuellen Möglichkeiten ausschöpfen. Es ist anstrengend und macht oft keinen Spaß, mit Mitschüler_Innen über Politik zu diskutieren. Aber wir haben keine andere Wahl. Und es ist auch möglich Erfolg zu haben. Beispielsweise haben erst im September beim letzten großen Klimastreik Schüler_Innen in Darmstadt auf ihre Schule eine eintägige Besetzung mit Streikposten errichtet. Das zeigt doch, dass nichts unmöglich ist.

Deswegen rufen wir zur Beteiligung an den Schülersprecher_Innenwahlen auf. Politisiert eure Schulen, tragt aktuelle, revolutionäre Forderungen in die Schulen und lasst die Schüler_Innen darüber diskutieren!

Mit Glück schafft ihr es sogar, in die Schüler_Innenvertretung zu kommen und habt Möglichkeiten, Mitbestimmung und Freiräume für Schüler_Innen zu erkämpfen. Und selbst wenn nicht – es wird immer Leute geben, die eure Positionen gut fanden oder darüber diskutieren wollen. Ladet sie zu Treffen ein oder organisiert Diskussionsrunden! Gründet ein Aktionskomitee an der Schule!

Wir treten zur Schülersprecher_Innenwahl mit diesen Forderungen an. Ergänzt sie und wendet sie an eure eigenen Schulen an! Ihr wisst am besten, was passieren muss:

- Für Unabhängigkeit von Staat und bürgerlicher Familie: 1200€ Grundeinkommen für Schüler_Innen auf Staat sein Nacken!!
- Lehrmittelfreiheit! Schulbücher, Hefte, Stifte und digitale Endgeräte müssen kostenlos für alle sein!
- Schluss mit den privatisierten Mensen mit Dreckessen! Alle Mensen in öffentliche Hand und Kontrolle über das Angebot und die Preise der Mensa durch Schüler_Innen und Lehrer_Innen.
- Einen Raum, der den Schüler_nnen zur freien Gestaltung und Nutzung in der Freizeit zur Verfügung steht und finanzielle Mittel, um diesen nach Wunsch auszustatten
- Eine wähl- und abwählbare (!) Meldestelle für Vorfälle von Diskriminierung

- Investitionen in unsere Bildung – Holt das Geld vom Militär und von den Reichen her!
-

Bundestagswahl: Der deutsche Imperialismus und seine Parteien

Von Romina Summ

Der

Druck auf den deutschen Imperialismus wächst. Die Weltwirtschaft steckt seit 2008 in einer kapitalistischen Krise, die nunmehr durch die Pandemie extrem verschärft wurde. Hinzu kamen in der Ära Merkel die Schuldenkrise, Schwäche der EU, Migrationsfrage, Kampf um die Neuaufteilung der Welt und Umweltfrage. Diese strukturellen Probleme sind miteinander verwoben, kombiniert und komplex aber vor allem ungelöst. Jahrelang hat Angela Merkel mit der CDU in verschiedenen Koalitionen die Krise gemanagt. Dieses Krisenmanagement ist jedoch selbst in die Krise geraten. Die Bourgeoisie benötigt eine neue Strategie, um die strukturellen Herausforderungen des deutschen Imperialismus meistern zu können und um als Macht mithalten zu können.

Die

unterschiedlichen Strategien zur Lösung der Krise des deutschen Kapitals wird bei der kommenden Bundestagswahl eine entscheidende Rolle spielen. Wir haben uns die Positionen der einzelnen Parteien genauer angeschaut. Welche Vorschläge haben sie, um die Krise abzuwenden und vor allem zu wessen Lasten gehen sie? Im Raum stehen momentan eine Schwarz-Grüne bzw. Grün-Schwarze Koalition oder eine

Ampel-Koalition (Grüne, SPD, FDP). Eine Regierung aus Grüne, SPD und Linke scheint unwahrscheinlich und die Grünen wenden sich davon zunehmend ab.

Die bürgerlichen Parteien

Die Grünen

Die
Grünen sind momentan im Umfragehoch und wahrscheinlich führt in der nächsten Regierung kein Weg an ihnen vorbei. Vieles spielt ihnen in die Karten: Ein gesellschaftliches Bewusstsein zur Klimafrage und die Krise der Union sowie der SPD, als auch die Stagnation von Linke und FDP.

Die
Grünen bieten mit dem Green New Deal im Gegensatz zur CDU / CSU den deutsche Kapitalist_Innen eine klare Strategie an, hinter der die Partei geschlossen steht, wie sie überhaupt als einzige Partei einen in sich geschlossenen Weg aus der Krise vorschlägt. Das Programm spricht vor allem städtische Mittelschichten und liberale Angestellte an, aber auch Jugendliche aus FFF sowie gut gestellte Teile der Arbeiter_Innenklasse. Die Grünen wollen einen „nachhaltigen Strukturwandel“, mit dem sie den Industriestandort und die EU stärken wollen, sowie (mehr oder weniger) grüne Technologien mit staatlichen Investitionen ausbauen wollen, betroffen sind vor allem die zentralen Wirtschaftssektoren, Metall- und Elektroindustrie. Letztlich geht es den Grünen dabei darum, die deutsche Exportindustrie hinsichtlich der Green Technologies auf einen Spitzenplatz in der Weltkonkurrenz zu heben und so im Wettlauf mit China und den USA um die Neuaufteilung der Welt mitzuhalten, was ohne die EU nicht geht. Dass ein kapitalistisches System niemals nachhaltig sein kann, weil es dazu gezwungen ist, die Produktion immer weiter auszuweiten, kommt bei den Ideen der Grünen natürlich

nicht vor.

Dass

bei den Grünen die wirtschaftlichen Interessen vor den sozialen stehen, geben sie offen zu. So heißt es in ihrem Programm, dass die Wirtschaftskraft zentral für den gesellschaftlichen Wohlstand ist. Dabei sehen sie die tatsächliche Ursache von Jobverlust und Wirtschaftskrisen nicht in der kapitalistischen Produktionsweise. Dass soziale Programme bei ihnen hintenanstehen und nur durch eine starke Wirtschaft möglich sind, betonen sie auch in ihrem Wahlprogramm: „Wir können nicht versprechen, dass nach Corona jedes unserer Projekte noch finanzierbar ist.“ Sie nehmen die Krise als Vorwand, um eine grüne Transformation, welche im Sinne der deutschen Bourgeoisie ist, durchzusetzen und auf den Rücken der Arbeitenden und sozial Schwachen auszutragen.

Die

humanitäre und progressive Rhetorik der Grünen verschleiert, dass sie im Interesse des deutschen Imperialismus handelt. Sie verbreiten die Illusion, dass vom Green New Deal alle Klassen und Länder profitieren würden, dahinter machen sie aber eine eindeutige und verlässliche Politik für die deutsche Konzerne, solange diese zumindest einen umweltfreundlichen Anschein haben. Dass Baerbock bei den Schmähungen gegen die revolutionäre 1.Mai-Demo mitgemacht hat, ohne ein Wort über den offensichtlich beabsichtigten Angriff der Polizei auf unser Demonstrationsrecht zu verlieren, zeigt zweifellos, dass sie auch zu einer Law-And-Order-Politik gegen linken Protest bereit ist. Das macht die Grünen zu einem perfekten Koalitionspartner für die CDU, wie es in Hessen und Baden-Württemberg auch schon jahrelang erprobt ist.

Junge

Menschen und die arbeitenden Massen können sich nicht viel von den Grünen versprechen. Investitionen wird es für die Umsetzung der grünen Transformation geben. Die Umwelt wird damit nicht gerettet, noch weniger werden wir mehr Löhne oder eine bessere

Gesundheitsversorgung erwarten können. Profitieren werden die Kapitalist_innen, die E-Autos herstellen.

CDU/CSU

Die

CDU als klassische Hauptpartei der deutschen Bourgeoisie verliert immer mehr Stimmen. Die inkompetente Regierungspolitik der Union bildet eine unmittelbare Ursache ihrer Wahlniederlage bei den diesjährigen Landtagswahlen ab. In ihrer Corona-Politik stehen Gesundheitsschutz der Allgemeinheit und Profitinteressen der Wirtschaft einander gegenüber. Sie verbinden sich zu einem inkonsequenten, in sich unschlüssigen Ganzen, zu Maßnahmenpaketen, die weder den Erfordernissen der Bevölkerung nach Gesundheitsschutz und sozialer Absicherung entsprechen noch die Rufe des Kapitals nach Freiheit des Geschäfts voll befriedigen. Hinzu kommt noch der Absturz durch Korruptionsaffären. In sich ist die Union mehr und mehr gespalten, was sich auch im Kanzlerkandidatenclash zwischen Söder und Laschet zeigte. Profitiert haben die Grünen.

Außenpolitisch

steht die CDU für eine starke EU unter deutscher Führung und den Ausbau der Grenzagentur Frontex an den Außengrenzen der EU. Sie unterstützen eine Starke NATO und die Partnerschaft zur USA, um so gemeinsam gegen China gewappnet zu sein und deutsches Kapital vor der chinesischen Übernahme zu schützen. Dass die CDU militärische Interventionen gutheißt, haben wir in den letzten Jahrzehnten erlebt und daran wird sich auch nichts ändern.

Letztlich

ist für die CDU die Grüne Partei deshalb die liebste Partnerin, weil sie am ehestens das Gesamtinteresse der KapitalistInnen im Blick haben und sie die sozialen Angriffe problemlos mittragen wird, das aber mit der weniger angestaubte Begleitmusik einer Habeck-Rhetorik und durchgesetzt von einer Führungsfigur Baerbock, gegen die Laschet halt einfach lasch wirkt.

FDP

Von

der Schwäche der CDU kann die FDP bisher kaum profitieren, was wohl an ihrer starken Klientelpolitik liegt. Die Grünen und die SPD sind auf die neoliberale Partei angewiesen, wenn es um die Bildung der Ampelkoalition (SPD, Grüne, FDP) gehen sollte.

Hinsichtlich

der Stellung des deutschen Kapitals in der Welt setzt die FDP auf einen stabilen Exporthandel. Das setzt wiederum eine Souveränität der EU voraus, damit „wichtige Bereichen wie zum Beispiel Energieversorgung, Rohstoffimporte und digitale Technologie weniger abhängig und verwundbar werden“, wie es im Wahlprogramm der FDP heißt. Deutschland brauche die EU, um „einen Beitrag zur liberalen Weltordnung zu leisten“. Auch hier wird wieder von einer Weltordnung gesprochen, die schlichtweg die Vorherrschaft über Halbkolonien mit Hinblick wirtschaftlicher Interessen meint. Ihre interventionistische Politik wird offen dargelegt, wenn sie von einer Fortsetzung des deutschen und europäischen Engagements im Nahen Osten sprechen, von der Integration Afrikas in globale Wirtschaftskreisläufe, vom Ausbau von Frontex oder vom Vertiefen transatlantischer Handelsbeziehungen. Des Weiteren betonen sie die Begrenzung von Haushaltsdefiziten, was im Rückschluss Sozialabbau heißen wird.

Bei

der Bekämpfung des Virus setzt und setzte die FDP darauf „mit dem Virus leben“, um ihre vehementen Forderungen nach Öffnungen der (Mittelstands-)wirtschaft zu rechtfertigen, was heißt, den Tod Tausender hinzunehmen. Nichts geht den Liberalen über die Freiheit der Wirtschaft!

AfD

Die

AfD stagniert. Sie versuchte einerseits die rechte Querdenkenbewegung abzuholen, gleichzeitig betonte sie aber auch, nicht deren politischer Arm zu sein.

Neben

der massiven physischen Gewalt, welchen diese rassistische Partei mitzuverantworten hat, dienen ihre rassistischen Narrative dem imperialistischen Kampf, wie beim Krieg gegen den Terror deutlich wurde. Die AfD spricht immer wieder von einer Rückbesinnung auf den Nationalstaat und schürt so den Rassismus an. Gleichzeitig fordert sie eine hohe Priorität der Außenwirtschaft. Sie fordern einen „diskriminierungsfreien Zugang“ zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen mit Zugang zu Rohstoffen und Freiheit der Handelswege. Der Rassismus, den sie ständig reproduzieren, dient nicht nur als Rechtfertigung für die Abschottung des Nationalstaates, sondern auch der Legitimation von Ausbeutung halbkolonialer Länder, auf deren Rohstoffe das deutsche Kapital angewiesen ist. So wollen sie auch „deutsche Unternehmen dabei unterstützen, in diese Länder zu investieren“. Die Politik der AfD ist rechtspopulistisch und rassistisch und kann bei einer Verschärfung der Krise einen Zuwachs für die Partei bedeuten, was für die Arbeiter_Innenklasse und alle Unterdrückten eine weiterhin nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt.

Die bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien

SPD

Die

SPD ist jene der beiden bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien auf dem absteigenden Ast. Für die Krisenbewältigung setzen die Sozialdemokrat_Innen auf Investitionen in sogenannte zukunftsfähige Arbeitsplätze und klimaneutrales Wachstum. Auch hier sind Teile des Green New Deals erkennbar. Sie wollen „aus der Krise gestärkt hervorgehen“ und propagieren ein Europa, das „als selbstbewusste

Friedensmacht auftreten und so eine kooperative, multilaterale Weltordnung mitgestalten“ soll. Doch die Weltordnung von der gesprochen wird, bedeutet letztendlich die Unterdrückung anderer Länder unter die herrschenden Staaten. Dabei wirbt auch die SPD für ein Europa, das geschlossen auftritt und sich zu der neuen US-Regierung öffnet und tritt für eine verteidigungspolitische Eigenständigkeit der EU ein. Sie fordern auch die Stärkung der Welthandelsorganisationen, da Deutschland auf offene Märkte angewiesen ist. Wenn es als imperialistisches Land wieder Macht erreichen möchte, muss es Exportüberschüsse erwirtschaften.

Die gesamte Politik der SPD und ihre enge Verbindung zum DGB und vor allem der IG Metall lief und läuft darauf hinaus, die deutsche Exportindustrie mitsamt ihrem Spitzenplatz in der Welt zu stärken um einem Teil der Arbeiter_Innenklasse ein hohes Einkommen zu verschaffen, was damit einhergeht, einen anderen anzugreifen. Diese Strategie der Vermittlung zwischen Kapital und gehobeneren Arbeiter_Innen erweist sich aber als immer untauglicher. Die Krise der SPD ist das Ergebnis.

Die Linken wählen?

Die Linken stagnieren trotz der Fülle drängender sozialer Themen, vor allem da sie innerlich gespalten sind und sich daher kaum zu einer klar antikapitalistischen oder auch nur schärferen reformistischen Strategie entscheiden können.

Sie wollen eine Finanzierung der Corona-Krise durch eine Vermögensabgabe. Beim Thema Außenpolitik wollen die Linken Frieden fördern und die Zivilgesellschafts unterstützen, „statt nur Wirtschaftsinteressen zu dienen und Deals mit Diktatoren zu machen.“ Weiter heißt es in ihrem Programm, dass es faire Handelsabkommen mit einem Regelwerk für

Produktionsbedingungen, ein gerechtes Lieferkettengesetz und ein globales Arbeitsrecht geben soll. Auch den Export wollen sie beschränken durch einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.

Auch

wenn sich die Linkspartei in ihrer Regierungspolitik in den Bundesländern nicht wirklich von der SPD unterscheidet und sie sich immer wieder als treue Verwalterin des deutschen Kapitalismus erwiesen hat, hat sie andererseits auch eine reale Verbindung zu sozialen Bewegungen wie „Deutsche Wohnen und Co enteignen“.

Doch

was heißt das für uns? Als Kommunist_Innen müssen wir die parlamentarischen Wahlen nutzen, um für unsere Ideen zu werben und Illusionen in den Reformismus zu bekämpfen. Das Ergebnis einer Wahl ist für den Klassenkampf nicht egal, sondern spiegelt das Kräfteverhältnis in der Arbeiter_Innenklasse wider.

Wir

rufen zur kritischen Wahl der Linkspartei auf, und zwar trotz ihres Programms. Für die Punkte, die wir unterstützen, wie eine Vermögensabgabe zur Krisenbekämpfung wollen gemeinsam mit deren Wähler_innen und Mitgliedern kämpfen. Doch wir tun dies nicht um die Linkspartei aufzubauen, sondern um ihre Versprechen auf den Prüfstand zu stellen, uns als konsequenter zu erweisen und somit Jugendliche und bewusstere Arbeiter_Innen vom Reformismus weg hin zu einer revolutionären Politik zu bringen.

Weitere Kürzungen im öffentlichen Dienst - Widerstand Jetzt!

Berlin, Oberbaumbrücke. Es ist Donnerstag Mittag, 14:00 Uhr. Am Ufer  der Spree beginnen sich Gewerkschafter in Ver.di-Westen, junge und ältere Beschäftigte zu versammeln. Der Grund ist eine Personalversammlung unter freiem Himmel – gegen die massiven Kürzungen im öffentlichen Dienst und den einhergehenden Wegfall des so genannten Stellenpools. Auch Aktivist_innen von REVOLUTION und Arbeitermacht waren anwesend, um ihre Position einzubringen.

Georg Ismael führte am Rande der Kundgebung ein Interview für REVOLUTION mit Ines Rohde. Sie ist bei der Ver.di Jugend organisiert und Vorsitzende der Haupt-Jugend-und-Auszubildendenvertretung Berlins.

REVOLUTION: Was hat dich bewegt heute hierher zu kommen?

Ich möchte mich informieren, den Kontakt zu den Kollegen halten. Ich möchte aber nicht nur meine Solidarität bekunden, sondern selbst Stellung nehmen. Aktiv eingreifen! Viele der Anwesenden sind Auszubildende, Jugendliche genau wie ich. Wir sind besonders von der aktuellen Situation im öffentlichen Dienst betroffen.

REVOLUTION: Wie sieht denn die Situation aus?

Gegenfrage: Wann warst du das letzte mal auf einem Bürgeramt? Lange Wartezeiten, nicht ausreichende Betreuung, abnehmender Service – Das alles spiegelt die Situation wieder, die durch die andauernde Kürzungspolitik geschaffen wird.

Aber es sind nicht die Beschäftigten, die Schuld an dieser Situation sind. Wir arbeiten hart und wollen denen, die zu uns kommen oder unsere

Dienstleistungen benötigen, helfen. Es ist die aktuelle Politik, die das verhindert. So steht zum Beispiel im aktuellen Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot, dass die Stellen im öffentlichen Dienst auf 100'000 herabgesenkt werden sollen. Die Situation ist bereits jetzt schlecht. Wie soll sie erst sein, wenn der Senat seine Pläne umsetzt?

REVOLUTION: Du sprichst von Stellenstreichungen trifft das nicht die Auszubildenden besonders hart?

☒ Genau! Momentan haben wir zwischen 350 und 400 Auszubildende jährlich. Übernommen werden allerdings nur rund 60 vom Land Berlin. Viele haben berechtigte Angst davor, was nach der Ausbildung kommt.

Es wird noch irrsinniger, wenn man es mit dem Personalabbau vergleicht, der allein altersbedingt stattfinden wird. Bis 2017 würden nur noch 78% der jetzigen Beschäftigten arbeiten, wenn es so weiter geht.

REVOLUTION: Glaubst du Schwarz-Rot betreibt bewusst diese „Ausdünnungspolitik“, indem sie die Arbeitsstellen von Kolleg_innen, die in Rente gehen, nicht neu vergibt?

Vorstellen könnte ich es mir schon. Man schaue sich doch nur die anderen Maßnahmen an: Einschränkung der Mitbestimmungsrechte von Gewerkschaften und Beschäftigten, Kürzungen oder der Austritt Berlins aus den bundesweiten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, der eine Spaltung der Aktionseinheit der Kolleg_innen zur Folge hat.

Wichtig ist allerdings, was wir fordern und tun. Der Politik der Stellenstreichung setzen wir als Jugendgewerkschaft Forderung wie die Übernahme aller Auszubildenden entgegen!

REVOLUTION: Wie steht es denn mit der gewerkschaftlichen Organisation der Auszubildenden im öffentlichen Dienst?

REVOLUTION meint:
Gewerkschaftliche Organisation
muss durch die Aktion gesteigert
werden.

Es könnte besser sein, um nicht zu sagen schlecht in einigen Bereichen. Allerdings können wir durch entschlossene und kreative Aktionen auch die Bekanntheit und Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation stärken. Insofern sollten wir die aktuellen Proteste auch als Chance begreifen.

Auch in den Tarifverhandlungen im nächsten Jahr sollten wir als Gewerkschaftsjugend eine stärkere Rolle spielen. Doch bis dahin wollen wir natürlich nicht ruhen. Wir beteiligen uns beispielsweise auch an den bundesweiten „UmFAIRteilen“ Aktionen am 29. September. In Berlin wollen wir einen eigenen Block organisieren.

Kurz. wir wollen durch unsere Aktionen den öffentlichen Dienst in den öffentlichen Raum tragen!

REVOLUTION: Was ist, wenn das nicht reicht - wenn der Senat darauf nicht eingeht?

Dann sollten wir über Streiks nachdenken. Die Tarifverhandlungen kommen bald und so kann es definitiv nicht weitergehen.

REVOLUTION bedankt sich für das Gespräch und unterstützt die Beschäftigten und die Gewerkschaft in den kommenden Auseinandersetzungen. Werde jetzt Mitglied bei Ver.di, wenn du im öffentlichen Dienst beschäftigt bist!

IDC - junge Revolutionäre diskutieren über Weltlage

Vom 05. bis 08. August fand die internationale Delegiertenkonferenz von  REVOLUTION, die alle zwei Jahr tagt, in London statt. Auf unserer Konferenz, die über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Weltereignisse diskutierte, um die Schlussfolgerungen für unsere tagtäglichen Kämpfe, sowie unseren Organisationsaufbau zu ziehen, waren über 30 Genoss_innen aus Österreich, Großbritannien, Deutschland und Schweden anwesend. Leider konnten unsere Genoss_innen aus Sri Lanka, Nepal und Pakistan, aufgrund der rassistischen Einwanderungsbestimmungen der EU, die wir aufs tiefste verurteilen, nicht teilnehmen!

Trotz dieses Mangels war die Konferenz ein großer Erfolg! Neben ausführlichen Diskussionen über die Krise, die Sparpakete, die Aufstände im arabischen Raum und den Widerstand in Europa, sowie die Situation in den Halbkolonien, konnten wir auch eine positive Bilanz unseres eigenen Organisationsaufbaus ziehen. Wir nahmen ein Aufgabenpapier für die kommenden Kämpfe an und wählten eine neue internationale Leitung. Der Höhepunkt unserer Konferenz war die Annahme unseres neuen Manifestes, das einen besonderen Schwerpunkt auf die Krise des Kapitalismus und den weltweit erneut aufflammenden Widerstand setzt.

Zum Ende sangen wir gemeinsam die Internationale, mit dem Bewusstsein, dass große Aufgaben, aber auch große Chancen vor unserer Organisation liegen!

Vorwärts zu einer neuen Jugendinternationale, Vorwärts zu einer kommunistischen fünften Internationale, Vorwärts zur Revolution!